

RESOLUTION

der Stadt/Markt/Gemeinde
für mehr Sicherheit in der Gemeinde

Kriminalität, großes Verkehrsaufkommen in weiten Teilen NÖs und eine Vielzahl von neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit einem gesellschaftspolitischen Wandel prägt das Gesamtbild der niederösterreichischen Ballungszentren aber auch der ländlichen Region.

Laut Innenministerium sind zurzeit 2.500 PolizistInnen an der Schengen-Außengrenze stationiert und werden durch den Wegfall der Grenzkontrollen andere Aufgaben erhalten und ihren Dienort wechseln müssen. Im November 2009 wird vom Rat der Innenminister die Schengen-Erweiterung offiziell abgesegnet und werden dadurch die Grenzkontrollen in Grenzraumkontrollen umgewandelt.

Die Statistik der Kriminalentwicklung der letzten Jahre in Niederösterreich zeigt, dass die Zahl der Delikte in den NÖ Gemeinden steigt und die Aufklärungsquote sinkt. Diese Negativentwicklung schreitet von Jahr zu Jahr weiter voran und ist ein Ende nicht abzusehen.

In den letzten Jahren wurden in Niederösterreich zahlreiche Planstellen innerhalb der Polizeistruktur gestrichen, Personal abgebaut und nicht neu besetzt sowie zahlreiche Dienststellen geschlossen. Es fehlen daher bereits jetzt rund 500 PolizistInnen zur Dienstverrichtung in Niederösterreich.

Sowohl das subjektive als auch das objektive Sicherheitsgefühl der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ist schwer beeinträchtigt. Das nicht nachvollziehbare Einsparen bei Dienstposten in Niederösterreich geht eindeutig zu Lasten der Bevölkerung.

Eine umfassende Bedarfsanalyse in Niederösterreich ist daher unumgänglich. Der Staat hat in der Republik Österreich für Sicherheit zu sorgen und sollten diese zentralen Aufgaben nicht von privaten Sicherheitsdiensten übernommen werden.

Konkret könnten für jene Polizisten, die derzeit an den Grenzkontrollstellen stationiert sind neue Einsatzmöglichkeiten wie Arbeit auf Schwerpunktdienststellen, Versetzung in Ballungszentren, Verstärkung von Streifen im Hinterland neu angedacht werden. Dadurch würde die Sicherheit in NÖ nachhaltig verbessert werden und dem Wunsch nach mehr Sicherheit der NiederösterreicherInnen Rechnung getragen werden.

Aus all den oben erwähnten Gründen spricht sich der Gemeinderat der Stadt/Markt/Gemeinde mit aller Entschiedenheit gegen die Schließung weiterer Polizeidienststellen und den Abbau von Planstellen innerhalb der Exekutive aus und fordert die NÖ Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen zu treffen um die Sicherheit in den NÖ Gemeinden zu gewährleisten, zu stärken und auszubauen, insbesondere mit der zuständigen BMI Maria Fekter unverzüglich Kontakt aufzunehmen. Weiters fordert der Gemeinderat der Stadt/Markt/Gemeinde eine deutliche Aufstockung des Personals in den Dienststellen.

Ergeht an:

Alle Mitglieder der NÖ Landesregierung
an den SPÖ Landtagsklub
an den ÖVP Landtagsklub